



Lasst Euch nicht verarschen, vor allem nicht beim Lohn!

# GoG-Info

die GoG ist eine parteiunabhängige Gruppe bei GM/Opel in Bochum

Nr. 40 - März 2005

## ZUKUNFTSVERTRAG - für wessen Zukunft?

**Kein Vertragsabschluss  
ohne vorherige Abstimmung der  
gesamten Belegschaft !**

-1.-

### Neuer Verzicht – garantiert wird nix !

„In unserer heutigen Welt kann man keine Garantien geben“, so der GM-Europa-Vizechef Forster auf der Belegschaftsversammlung am 28.1.05. (lt. Financ.times D., 31.1.05) Recht hat er: die Markt- und Profitentwicklung ist für die Konzerne in ihrer knallharten Konkurrenzschlacht nicht vorhersehbar. Das bringt eben die kapitalistische Chaos-Wirtschaft so mit sich. – Nur: **wir sollen garantieren**: dass wir verzichten auf Lohn, Weihnachtsgeld, Zuschläge usw usw. Obwohl wir bei dieser Wirtschaftsordnung auch nicht wissen, wie es uns und unseren Familien in ein paar Jahren so geht...

Zu solchen Verträgen müssen wir NEIN sagen, und nicht einfach den Arsch hinhalten.

Uns sagt man immer nach, wir hätten ja keine „Alternative“. Was ist denn Eure ???

Auf vage Versprechungen, die im Ernstfall die Geschäftsleitung nicht einhält (Katastrophen-Klausel), geben allein wir eine Garantie auf Verzicht ab! Selbst beim garantierten 100%igen Weihnachtsgeld wird jetzt wieder ein neuer Verzicht ausgehandelt...

-2.-

### „Standortsicherungsverträge mit kräftigen Abstrichen für die Beschäftigten haben nichts gebessert.“

Das sagt sogar die IG Metall selber (in ihrer Zeitung „metall“ vom Okt. 04, S. 9)! – Wie euphorisch haben diese Leute mitsamt ihren treugläubigen Co-Managern im BR unsere Verzichtsverträge seit 1993 bei Opel immer als Erfolg durchgesetzt und verkündet !!!

Und heute wollen sie uns erneut so einen Verzichtsvertrag als „Erfolg“ verkaufen ! Rainer Eienkel (im BR-Info 7.2.05): „Mit dem bisherigen Ergebnis würden wir einen wichtigen Schritt zur Sicherung des Bochumer Werkes über das Jahr 2010 gehen.“ Ein Schritt weiter ins Elend, das ist jedenfalls sicher.

## Inhalt

### Seite 2

-Forster auf der Versammlung  
-Wenn du Unternehmer wärst

### Seite 3 + 4

#### Lesenswert

- Hartz 4- aus „Die Zeit“

### Seite 5 + 6

„Begrenzte Möglichkeiten... einzelner Belegschaften...“ von Robert Schlosser

### Seite 7

FRANZ der Kann's Businessplan

### Seite 8

Kommentar von Theo Der Neuarbeiter

## was\_wann\_wo

### GoG

jeden Dienstag, 17 Uhr  
Bahnhof Langendreer,  
Raum 6

### Bochumer Sozialforum

[www.kolabor.de/sozialforum](http://www.kolabor.de/sozialforum)  
jeder letzte Montag im  
Monat, 19 Uhr, Bahnhof  
Langendreer, Raum 6

### Montagsdemo

18.00 Uhr Husemannplatz

visdp: W. Hajek, co: soz.-kult.  
Zentrum, Wallbaumweg 108

[gog@conaktion.de](mailto:gog@conaktion.de)

## Zur Rede von Forster auf der Belegschaftsversammlung

Noch so ein geschicktes Argument von Forster lautete: „Wenn Ihr Sohn oder Ihre Tochter jahrelang Schulden machen, sagen Sie doch auch, so geht das nicht weiter!“ Aber klar doch! Nur: Sie, Herr Forster, nutzen einen faulen Vergleich, um von Ihrer Rolle abzulenken: Wir sind nicht Ihre „Sohn oder Tochter“. Wir haben die Schulden nicht verursacht. Wir haben unseren Arbeitsvertrag mit der A.Opel AG erfüllt. **Sie** haben es nicht geschafft, in dem von Ihnen als „freie Marktwirtschaft“ verteidigten Konkurrenzkrieg andere Autohersteller so fertigzumachen, dass diese die Verluste und Schulden haben, und Sie den Reibach! – Wir wissen allerdings, 1. dass es für unsereinen auch nicht gut ist, wenn statt bei Opel eher bei VW oder Ford so ein harter Arbeitsplatzabbau durchgezogen wird und 2. dass Manager sowieso nur als „gut“ angesehen (und entsprechend hoch bezahlt) werden, wenn sie aus ihren „lieben Mitarbeitern“ möglichst hohen Profit rausholen. Insofern hat unsereiner nichts von „guten Managern“.

Überall wo Arbeitsplätze abgebaut werden, hört man nur von Sozialplänen mit Unterstützung, oder von Gewekschaften initiiert.

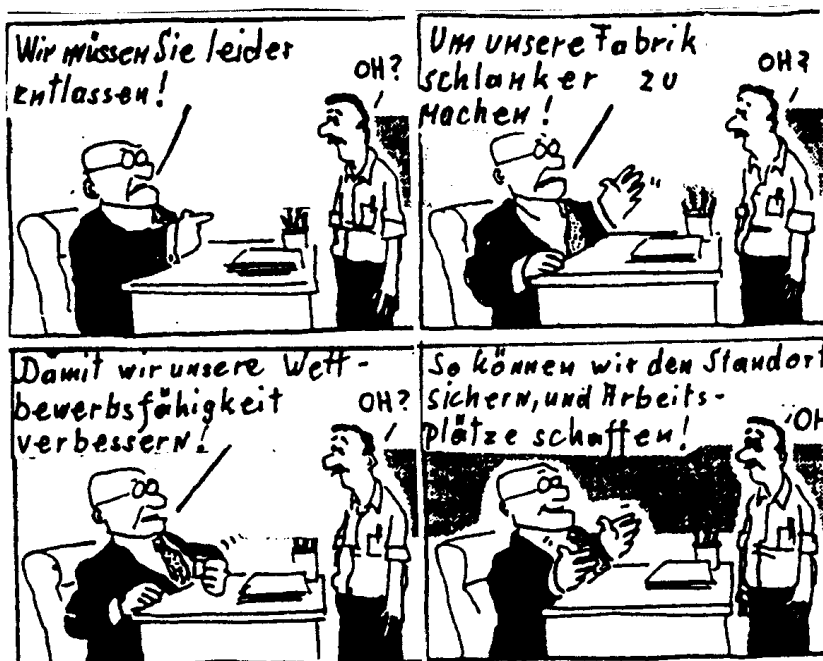
Wenn die IGMetall-Spitze jetzt offensichtlich gänzlich weggerückt ist von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich als einzige Antwort auf die ständig steigende Produktivität und Arbeitsplatzvernichtung, müssen wir uns einmischen und fragen:

## IGMetall wohin?

Manchmal muss man/frau seine Organisation davon überzeugen das auch zu tun wozu sie eigentlich da ist. Darin haben wir doch Erfahrung!

## „Wenn Du Unternehmer wärst...!“

„... würdest Du das doch genauso machen!“ Aber sicher doch! Ich könnte ja auch gar nicht anders: ich wäre ja gezwungen, jede Chance zu nutzen, meinen Leuten den Lohn zu kürzen, das Arbeitstempo zu erhöhen usw.! Täte ich das nicht, könnte ich auch nicht soviel Profit rausholen wie meine Konkurrenten. Und die würden mich dann plattmachen! Zuhause würde ich dann über meine Mitarbeiter eher den Kopf schütteln und mich fragen: Was die sich alles gefallen lassen, damit ich als Unternehmer überleben kann, ist ja sagenhaft!!!



# Wie aus mehr weniger wird

## Die Bundesregierung benutzt Hartz IV, um klammheimlich die Sozialhilfe zu senken

Von Marie-Luise Hauch-Fleck

aus: (c) DIE ZEIT 16.12.2004 Nr.52

Eigentlich müsste Herr P. sich auf das neue Jahr freuen. Denn wenn er am 1. Januar aufwacht, wird aus ihm, dem Sozialhilfeempfänger, ein Kunde der Bundesagentur für Arbeit geworden sein – mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Das heißt, er bekommt mehr Geld: Statt bisher 475,25 Euro stehen ihm und seiner 13-jährigen Tochter dann monatlich 530 Euro zu. Aufs Jahr gerechnet, ist das ein Plus von 657 Euro, viel Geld für jemanden, der mit jedem Cent rechnen muss.

Erstaunlich nur: Herr P. freut sich kein bisschen. Akribisch, wie er ist, hat er alles sorgfältig durchgerechnet. Und dabei festgestellt, dass ihm und seiner Tochter im nächsten Jahr nicht 657 Euro mehr, sondern rund 1232 Euro weniger zum Leben bleiben. Die Berechnung schien Guido Kläser, dem Leiter des Erfurter Amtes für Sozial- und Wohnungswesen, das Herrn P. betreut, ziemlich absurd. Deshalb wies er einen Mitarbeiter an, die Angaben Punkt für Punkt zu überprüfen. Das Ergebnis hat Kläser total überrascht: **»Alles, was Herr P. berechnet hat, stimmt.«**

Dass selbst ein Experte wie Kläser die finanziellen Folgen von Hartz IV für die Betroffenen nicht überschaut, ist allerdings nicht so erstaunlich. Bislang wird die Sozialhilfe nämlich in *laufende* und *einmalige* Leistungen zum Lebensunterhalt unterteilt. Die *laufenden* Leistungen beispielsweise für Essen, Trinken oder Haushaltsführung werden durch den so genannten Regelsatz abgedeckt (Wohnungs- und Heizkosten werden bei der Sozialhilfe wie auch beim Arbeitslosengeld II zusätzlich übernommen). Die *einmaligen* Leistungen hingegen müssen individuell beantragt werden. Dazu gehört Geld für Kleidung, Schulbücher oder Ranzen, für Haushaltsgeräte, Fahrräder oder die Reparatur von Elektrogeräten. Extraunterstützung gibt es zudem für Weihnachten und besondere Ereignisse wie Beerdigungen oder Taufen.

Wie viel Unterstützung Sozialhilfeempfänger zusätzlich zum Regelsatz von derzeit durchschnittlich 291 Euro erhalten, hängt demnach vom individuellen Bedarf ab. Wer beispielsweise keine Kinder hat, die in die Schule gehen, muss auch keinen Ranzen kaufen. Und wer gerade einen Herd bekommen hat, wird voraussichtlich auch so schnell keinen neuen brauchen.

Doch mit dieser, am Einzelfall orientierten Hilfe ist im neuen Jahr Schluss.

Von Anfang Januar an gibt es nur noch einen so genannten **pauschalierten Regelsatz**.

Der ist für Arbeitslosengeld-II- und Sozialhilfeempfänger gleich hoch und muss für alle Ausgaben reichen. Nur für wenige Fälle gibt es noch Sonderleistungen: etwa bei Schwangerschaft, der Ersteinrichtung einer Wohnung oder bei längeren Klassenfahrten. Diese Neuregelung verbessere, so verkündete das zuständige Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMSG) in einer Pressemitteilung, »die Situation der betroffenen Menschen«. Schließlich, so das Argument, seien alle wesentlichen einmaligen Leistungen bei der Neuberechnung pauschal berücksichtigt. Entsprechend größer sei zukünftig auch die Freiheit der Empfänger, selbst über die Verwendung des Geldes zu bestimmen. Vergleicht man die alten und neuen Regelsätze, erscheint dieses Argument auf den ersten Blick durchaus plausibel. Immerhin wird der Regelsatz von derzeit durchschnittlich 295 auf 345 Euro (West) beziehungsweise von 285 auf 331 Euro (Ost) erhöht.

**»Die Infamie des Verfahrens wird nur dem deutlich, der tagelang rechnet«**

Es klingt paradox. Aber tatsächlich bedeutet das Mehr für viele ein deutliches Weniger, wie nicht nur die Fleißarbeit des Erfurter Sozialhilfeempfängers belegt. Rot-Grün habe die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe dazu genutzt, den »Regelsatz ganz gezielt runterzurechnen«, kritisiert Matthias Frommann, Rechtsprofessor an der Fachhochschule Frankfurt.

Im Klartext:

Sozialhilfeempfänger werden keineswegs generell besser, sondern viele Arbeitslosengeld-II-Bezieher werden sogar schlechter gestellt sein, als sie es bisher mit der Sozialhilfe waren – »ohne dass ihnen das auch nur angekündigt wird«, empört sich Helga Spindler, Jura-Professorin an der Universität Essen. Die Festsetzung des Existenzminimums sei, das räumt die Sozialhilfeexpertin ein, letztlich eine sozialpolitische Entscheidung. Aber wer es kürzen wolle, solle das offen ausweisen und zur Diskussion stellen, fordert sie. Genau das aber macht Rot-Grün nicht. Denn obwohl der Regelsatz de facto das Mindesteinkommen definiert, das für ein menschenwürdiges Leben nötig ist und seine Festlegung, so Spindler, »das Fundament des sozialen Rechtsstaates berührt«, setzte die Regierung ihn unter Ausschluss der Öffentlichkeit fest. Nicht einmal Parlamentarier der Regierungsfraktion waren beteiligt. »Das lief in einem eher klandestinen Verfahren ab«, sagt Markus Kurth, sozialpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion.

Dabei sind die Kürzungen so drastisch, dass Ralf Rothkegel, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Bedenken hat, ob der Staat noch seiner Verfassungsaufgabe gerecht wird, »die Mindestvoraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein seiner Bürger zu sichern«. Es gebe, warnt Rothkegel in einem Fachaufsatz, »verschiedene Gründe, daran zu zweifeln, dass die neuen Regelsätze dem Verfassungsgebot einer ausreichenden Existenzsicherung genügen werden«. Dass dies bislang nur eine Hand voll Sozialhilfeexperten überhaupt gemerkt hat, ist kein Zufall: Konkrete Angaben beispielsweise, wie die bisherigen einmaligen Leistungen in die neuen Sätze eingerechnet sind, hält die Regierung unter Verschluss. »Die Infamie des Verfahrens wird nur dem deutlich, der sich zwei, drei Tage hinsetzt und alles durchrechnet«, kritisiert Matthias Frommann die Vernebelungstaktik.

## **„haarsträubend...“**

Die Mühe hat der Frankfurter Professor jedoch nicht gescheut und ist dabei auf haarsträubende Ungereimtheiten gestoßen: Laut Gesetz muss der Regelsatz so bemessen werden, dass er ausreicht, um den »notwendigen Lebensunterhalt«, das heißt Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie »in vertretbarem Umfang« auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen. Bei Kindern gehört dazu auch der durch »ihre Entwicklung und ihr Heranwachsen« bedingte Bedarf.

Als Maßstab für die Ermittlung dieser Bedarfe dienen die Konsumausgaben jener 20 Prozent bundesdeutscher Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, die das Statistische Bundesamt alle fünf Jahre in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ermittelt. So jedenfalls steht es im Gesetz. Tatsächlich aber hat die Regierung nicht diese Ausgaben zugrunde gelegt, sondern nur die von Einpersonenhaushalten. Mit gravierenden Folgen, wie die Berechnungen von Matthias Frommann zeigen. Denn die Ausgaben pro Kopf der Einpersonenhaushalte sind deutlich niedriger als die der Haushalte mit geringem Einkommen insgesamt. Bei Bekleidung und Schuhen beispielsweise beträgt die Differenz rund 57 Prozent, bei den Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren immerhin noch 28 Prozent.

## **Leisten sich Geringverdiener wirklich Boote und Segelflugzeuge?**

Doch selbst diese niedrigeren Werte hat die Regierung kräftig gestutzt – und zwar dadurch, dass die Ministerialen die erhobenen Ausgaben nach eigenem Gusto als »regelsatzrelevant« anerkennen oder eben auch nicht. Dass diese Einschätzung rein subjektiv geschieht, räumt das zuständige BMSG offen ein: »Ein objektives, allgemein anerkanntes Raster steht hierfür nicht zur Verfügung, sodass Einschätzungen und Bewertungen erforderlich sind«, heißt es in der Begründung der Regelsatzverordnung.

So kommt es, dass beispielsweise der Posten Bekleidung von den Bürokraten lediglich mit 89 Prozent in den Regelsatz einfließt. Die erstaunliche Begründung in der Verordnung: Bei dieser Position seien ja auch Ausgaben für Maßkleidung und Pelze enthalten. Ähnlich skurril: Den Posten Freizeit, Unterhaltung und Kultur rechnen die Experten von 86 Euro auf 36 Euro herunter, weil sie dort unter anderem Ausgaben für Sportboote und Segelflugzeuge vermuten. Die 36 Euro müssen etwa für Zeitschriften und Bücher, Rundfunk- und Kabelgebühren oder auch Schreibwaren und Musikinstrumente reichen. Selbst Haustiere gelten den Beamten als Luxus, der Sozialhilfeempfängern nicht zusteht: Den Posten (4 Euro) haben sie gestrichen. Warum aber »ein Wellensittich, Hamster, Hund oder eine Hauskatze« nicht zu einer Lebensführung gehören soll, die, laut Rechtsprechung, »der eines Nicht-Bedürftigen in einer unteren Einkommensgruppe ähnlich ist«, ist für Matthias Frommann »unerfindlich«. Nach seiner Rechnung müsste der Regelsatz, wenn man nur die nachweisbar nicht regelsatzrelevanten Ausgaben abziehen würde, 30 Prozent höher sein: Statt 345 Euro wären es 448 Euro.

Auch für Ralf Rothkegel sind die Kürzungen wenig überzeugend. »Die Forderung: Kein Platz im Regelsatz – Segelflugzeuge müssen draußen bleiben« sei gewiss konsensfähig, spottet der Richter über die ministeriale Rechnerei. Doch was »ist das für statistisches Material, das bei Geringverdienern einen signifikanten Konsum von Luxusgütern belegt?«, wundert er sich.

Dass mit den neuen Sätzen kaum »gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen« geschaffen werden, wie dies das Sozialgesetzbuch in Paragraph I als Ziel formuliert, dürfte auch den Experten im Ministerium klar gewesen sein. Doch die hatten eine klare Vorgabe: Am Ende musste ihre Rechnerei 345 Euro für den Sozialhilferegelsatz ergeben. Denn so viel sieht Hartz IV als Regelleistung für das Arbeitslosengeld II vor. Das Gesetz allerdings war schon Monate vor der Neuberechnung der Sozialhilfesätze verabschiedet worden. Höher als das »ALG II« durften die in keinem Fall sein, schließlich definieren sie das Existenzminimum.

muss  
man  
lesen

# Begrenzte Möglichkeiten - zum Kampf einzelner Belegschaften gegen Entlassung und Werksschließung

- Welche Möglichkeiten sind unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen überhaupt vorstellbar, um Entlassungen und Werksschließungen (z.B. bei Opel in Bochum) gegen den Willen der Besitzer und Anteilseigner des Unternehmens zu verhindern bzw. zu vermeiden?

1 Die Besitzer und Anteilseigner zwingen, sich mit geringerer Rendite zu begnügen oder ihr Geld für soziale Zwecke herzugeben?

2 Bei drohender Werksschließung das Unternehmen übernehmen und in Selbstverwaltung weiterführen?

3 Das Unternehmen in Staatsbesitz überführen?

Was spricht gegen diese Möglichkeiten?

1. Wer wenig Geld hat, gibt es aus, um zu konsumieren, wer viel Geld hat, gibt es aus, um es zu vermehren.

Investoren verfügen über Geldmengen, deren Ausgabe eine Anlage ist, die das eingesetzte Geld vermehren soll. Könnten diese Menschen ihr Geld nicht anlegen, um es zu vermehren, wäre der Besitz dieser Geldmengen völlig sinnlos. Die Macht der Geldbesitzer steckt in der Funktion und Macht des Geldes in dieser Gesellschaft.

Es ist zunächst einmal egal, ob der Geldbesitzer ein mittelständischer Unternehmer oder irgendein superreicher Milliardär ist, er will eine möglichst hohe Rendite.

Die Logik der Geldvermehrung bestimmt die Vorgänge in jedem einzelnen Unternehmen. Je stärker der Druck der angeblich so nützlichen und seelig machenden Konkurrenz, desto schmerzhafter die Maßnahmen zur Kostensenkung (Entlassungen, Lohnkürzungen etc.).

Im Kapitalismus ist die Existenz der Lohnabhängigen grundsätzlich an die Vermehrung der Geldvermögen gebunden. Die Geldbesitzer haben – trotz aller gegenteiligen Bekundungen – nicht primär ein soziales Interesse an der Erhaltung von Lohnarbeitsplätzen, sondern sie haben nur ein ökonomisches Interesse an solchen Lohnarbeitsplätzen, die ihr eingesetztes Geld vermehren.

Soll die lohnabhängige Existenz in einem Unternehmen trotz ungenügender Rendite erhalten werden, so stellt das die Logik der Geldvermehrung, die ökonomische Funktion der Geldbesitzer und ihre Macht in Frage und wirft damit die Frage nach der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel auf. Die lohnabhängige Existenz in einem Einzelbetrieb trotz ungenügender Rendite längerfristig sichern, das würde verlangen, dass die Geldbesitzer sich mit niedrigerer Rendite zufrieden geben, oder gar bereit wären, ihr Geld für soziale Zwecke herzugeben, ohne es zu vermehren. Das könnte allenfalls durch politische, staatliche Zwangsmaßnahme durchgesetzt werden, widerspräche aber sowohl der ökonomischen Logik, wie dem individuellen Freiheitsgrundsatz der Verfassung. (Recht auf Eigentum) Illusionär wäre das somit in einem doppelten Sinn. a) könnte es niemals allein von einer Belegschaft durchgesetzt werden und b) würde es im Sinne einer allgemeinen, politischen Lösung die Vermehrung des vorgeschossenen Geldes, den Zweck von Geldanlage und Investition, blockieren und damit auch den ökonomischen, durch Geld vermittelten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess.

2. Jedes Einzelunternehmen ist in das Marktgeschehen eingebunden, Es kauft Rohstoffe, Vorprodukte, Energie etc. verarbeitet sie und verkauft das so erzeugte Produkt auf dem Markt. Jedes Einzelunternehmen ist ein Teilkonsument und ein Teillieferant der arbeitsteiligen gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Dieses Einzelunternehmen etwa gegen den Willen der Geldbesitzer und Eigner des Unternehmens weiterzuführen, setzte - von allen sonstigen Widerständen einmal abgesehen - voraus, dass

1 sowohl die Lieferanten der Rohstoffe, Vorprodukte etc. weiter liefern

2. alle Kreditlinien weiter funktionieren, also die Banken mitspielen

3 die Abnehmer weiter bereit sind, zu kaufen.

Man wäre also darauf angewiesen, dass auch andere Geldbesitzer diesem Vorhaben mindestens wohlwollend gegenüberstünden. In einem aber sind sie sich alle einig: am Privatinteresse der Geldvermehrung von Vermögenden darf nicht gerüttelt werden! Wo kämen wir denn hin, wenn privates Interesse sich dem Gemeininteresse beugen müsste? Die Gesellschaft kann angeblich nur funktionieren und das Wohl aller gemehrt werden, wenn das Streben nach persönlicher Bereicherung als Grundprinzip der Produktionsverhältnisse (Ökonomie) anerkannt und geschützt wird.

Obwohl die Wirklichkeit diesem Wunderglauben an die Mehrung des Gemeinwohls durch das Streben von Privatpersonen nach persönlicher Bereicherung täglich widerspricht, werden die Menschen damit gnadenlos von kapitalismustreuen Politikern bombardiert und für dumm verkauft.

Die Insellösung eines Unternehmens, das keinen ausreichenden Profit abwirft oder eines von einer Belegschaft übernommenen Unternehmens könnte allenfalls eine Lösung auf Zeit sein.

**3.** Die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann sich auf weitgehende Akzeptanz der Lohnabhängigen stützen. Will sagen, auch bei Opel akzeptiert die Mehrheit der Beschäftigten

1 die eigene lohnabhängige Existenz

2 die gesellschaftliche Produktion von Waren für den Markt durch eigentumsrechtlich voneinander unabhängige Unternehmen

3 die Notwendigkeit des Einzelunternehmens Profit zu erwirtschaften

4 die Anhäufung von privatem , dessen einziger Zweck es ist, sich selbst zu vermehren.

Diese Akzeptanz erstreckt sich nicht vollständig auf die sozialen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Will sagen:

1 die Menschen leiden unter dem Kommando anderer über ihre Arbeitskraft, wenn es als ungerecht oder willkürlich empfunden wird und dieses Kommando eine Verschlechterung der eigenen Lage mit sich bringt.

2 die Menschen leiden unter Mangel oder Einschränkung im Angesicht des überschießenden Reichtums

3 die Menschen leiden unter Arbeitsbedingungen (Stress, Überanstrengung, schlechte Luft, Nacht- und Schichtarbeit etc.)

4 die Menschen leiden inzwischen vor allem und zunehmend unter der existenziellen Unsicherheit, drohender Lohnarbeitslosigkeit und Armut, die sich einstellt, wenn die Geldvermehrung nicht funktioniert, das Kapital sich nicht erfolgreich verwertet.

Wer gegen drohende Lohnarbeitslosigkeit kämpft, die Lohnabhängigkeit und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse aber akzeptiert, hat die Denkverbote schon im eigenen Kopf. Die Perspektiven des Kampfes sind von vornherein sehr eingeschränkt und eine Vernunft schon verankert, die die Niederlage akzeptiert und die Menschen beugt. Ein gesellschaftlicher Sachzwang, der wie eine Naturnotwendigkeit empfunden wird, setzt sich als Einsicht und Resignation durch und bestimmt letztlich das Handeln der Einzelnen.

Aber nur Mut: Einzelne Belegschaften können sicher Zugeständnisse von Seiten des Kapitals ertrotzen! Die Hoffnung auf längerfristige „Arbeitsplatz- und Lohnsicherung“ bleibt jedoch illusorisch.

Eine Perspektive für die Zukunft entsteht nur dann, wenn die Erkenntnis sich breit macht, dass das System der Lohnarbeit selbst die Ursache von Arbeitslosigkeit und existenzieller Unsicherheit ist. Wer die bestehende Ordnung akzeptiert, darf sich über deren Folgen nicht wundern.

Robert Schlosser

Bochum, den 20.02.2005



wir geben  
nicht auf...  
wir bleiben  
dabei:

## die Belegschaftsversammlung zurück ins Werk und in die Arbeitszeit!

### GM/GMS und Businessplan

Ziel bei den „Kosten“ im Businessplan 2005:

„Die Fertigungsgesamtkosten pro Fahrzeug so verbessern, dass wir immer 10% niedriger liegen als Antwerpen und Ellesmereport.“

Lassen wir als Belegschaften in Bochum, Antwerpen u. Ellesmereport auf dieses Ziel ein, sind wir überall die Verlierer.

Stattdessen müssen wir den Leuten die uns in jedem Standort Verzicht predigen, gemeinsame Forderungen entgegenstellen. In Bochum, Antwerpen, Ellesmereport und anderswo!

Forster und seinesgleichen und die ganzen GM/GMS-Prediger sollten erstmal auf unser Level kommen, bevor sie uns auch nur irgendwas erzählen wollen. Das heisst auf alles verzichten was über 50 000 Euro liegt! Dann könnten wir uns weiterunterhalten, auf etwa gleicher Augenhöhe spricht sich's einfach besser.

Also:

**Finger weg von unseren Löhnen!**

### FRANZ - der KANN'S

zum europäischen Rahmenvertrag 2000, erkämpft durch unsere Arbeitsniederlegung. Klaus Franz: ....“ Die Schutzbestimmungen des Vertrages sind bisher beispiellos in Europa und helfen nun, die Situation zu bewältigen.“

So macht sich Franz vom Saulus zum Paulus, denn damals wollte er uns für ein Butterbrot verkaufen und tat alles um die Belegschaft in Rüsselsheim vom Kampf abzuhalten. Auch im Oktober 2004 verleumdete und unterminierte er unseren Kampf, der letztlich zum Vertrag in noch nie dagewesener Höhe geführt hat, jetzt profitiert „seine“ Rüsselsheimer Belegschaft am meisten von diesem Vertrag.

Wer in derart eklatanter Weise, sich Kampfrolle von Kämpfen die von ihm sabotiert wurden, an die Brust heftet, ist nicht mehr als ein gemeiner Trittbrettfahrer.

„Nicht weil die Dinge schwierig sind, wagen wir sie nicht.“

Die Dinge sind schwierig, weil wir sie nicht wagen!“

# Kommentar zu: 13 Punkte der Geschäftsleitung !

Diese 13 Punkte sind alle Mumpitz und für mich eigentlich im Ganzen nicht annehmbar! Aber 2 dieser Punkte schlagen dem Fass den Boden aus:

## 1. Korridor - Arbeitszeitmodell = Bis zu 17 Tage Mehrarbeit pro Schicht!

Das ist ein Tritt in die Weichteile. Es werden Kollegen abgefunden, und der Rest, der dann mal irgendwann über bleibt (Betriebsbedingte Kündigungen sind auch noch nicht vom Tisch) sollen mehr arbeiten! Da zieht der Wahnsinn seine Kreise! Wollen wir das? Auf Zuruf Samstags arbeiten? Im Sommer bei 35 Grad arbeiten und irgendwann im Monsun auf erneuten Zuruf abfeiern? Das hat für mich nichts mit Flexibilität zu tun, sondern eher was mit Leibeigenschaft! Es gab mal eine Gewerkschaft mit dem Slogan: Samstag gehört Vati mir! Sonntags sowieso! Aber dieser Verein mit seinem Mitgliederschwund verrät heute seine eigenen Ideale von gestern! Er tritt heute alle die, die unsere Errungenschaften seiner Zeit erkämpft haben! Er kriecht nur noch dem Kapital zu Kreuze! Also müssen wir uns selber wehren und etwas gegen die 13 Punkte tun!!!

## 2. Weihnachtsgeld ab 2005 nur noch 70% (Tarif 55%)

Sollen wir für die 15% über Tarif auch noch dankbar sein? Natürlich nicht! Leute wie Küpper, Forster und andere ziehen sich Millionen rein und uns ziehen sie ab! Treffen tut es bei den meisten Familien die Kinder, denen die Eltern erklären müssen, dass das Christkind sparen muss, damit der liebe Onkel Aktionär seinen verwöhnten Blagen noch mehr in den Arsch schieben kann! Das ist nicht hinnehmbar, ebenso wie die anderen 12 Punkte!

Außerdem sagte Forster auf der Versammlung etwas von Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schuldenfalle rennen lassen und einschreiten würden! Natürlich, da hatte er ein einziges mal Recht! Ich hoffe aber, er wird kein säumiger Schuldner! Sonst müsste er einen Eintrag bei der Schufa bekommen, denn er schuldet uns noch 30% Weihnachtsgeld! Also kein Alzheimer vortäuschen, sondern zahlen! Oder sollen wir das Medienwirksam einklagen!!!

In diesem Sinn: Theo



## Der Neu-Arbeiter!

Die kommen mit uns nicht mehr weiter,  
nun formen sie hier den **Neu-Arbeiter**.  
Er ist artig, muckt nicht auf,  
legt täglich noch ne Schuppe drauf.

Er ist willig, sehr geduldig  
und fühlt sich auch richtig schuldig  
wenn die Produktion mal stockt.  
Das ist etwas, was ihn schockt.

Hochmotiviert und stets bereit  
mit flexibler Arbeitszeit  
arbeitet er mal kurz mal lang,  
nur der Firma gilt sein Dank.

Urlaub ist im Winter schön  
und er findet's sehr bequem,  
daß man im Sommer länger produziert,  
weil man dann ja nicht mehr friert.

Wird er krank, statt Krankenschein  
reicht er den Resturlaub ein.  
Fehlzeit darf es nicht mehr geben,  
auch Aktionäre wollen leben.

Bis zur Rente Tag für Tag,  
dann gibt er schnell den Löffel ab.  
Nur die Arbeit macht ihn froh.  
Paßt nur auf! Die wollen uns so.  
R. J.